

„DIE GEDANKEN SIND FREI- LICHT IN UNSERER KARTEI“

Brief des Deutschen Freidenkerverbandes e.V. an den Vorsitzenden der Konferenz der Innenminister und -senatoren zu Plänen für „Zentralkarteien“ für „Terrorismusbekämpfung“

7. Juli 2004

www.freidenker.de

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Der Deutsche Freidenker-Verband, der schon seines Namens wegen nicht umhin kommt, sich um die Freiheitsrechte im Allgemeinen und die Gedankenfreiheit im Besonderen zu sorgen, nimmt wenig erstaunt, aber umso alarmierter von Plänen sogenannter „Sicherheits“-Politiker Kenntnis, durch „Zentralkarteien“ vorgeblich zur effektiveren „Terrorbekämpfung“ beitragen zu wollen. Solche Pläne sollen auch die Innenministerkonferenz am 07./08. Juli 2004 im Offiziersheim des Marinestützpunktes Kiel (sic!) beschäftigen.

Etwas erstaunt uns allerdings, dass in diesem Kontext an eine sogenannte „Islamistenkartei“ gedacht wird, wobei zwecks Identifizierung von Islamisten alsbald alle Muslime verschärft beobachtet werden dürften. Nun sind Freidenker bekanntermaßen Religionen, Aberglauben und religiösem Wahn abhold, aber dem der Französischen Revolution verdankten Gleichheitsgrundsatz verpflichtet. Vorweg drängt sich daher die Frage auf, wie die verschärfte Beobachtung von Muslimen mit den Schwüren der jüngsten Berliner „Antisemitismus-Konferenz“ in Einklang zu bringen ist. In der Hauptsache aber monieren wir die sträfliche Vernachlässigung anderer verdienter Religionsgemeinschaften. Müssten nicht auch die Muslimeuchelnden Hindus unter Beobachtung? Die orthodoxe Klöster sprengenden NATO-Waffenbrüder im Kosovo sind nicht nur Muslime, sondern auch Katholiken. Und die christlichen Fundamentalisten mit ihren Brand- und Mordanschlägen gegen Abtreibungskliniken in den USA – zählt das nicht als Terror? Der Besatzerterror der selbsternannten „Nation under God“ im Irak müsste auch Konsequenzen nach sich ziehen – für die ganze Befehlskette, bis zum frommen Oberbefehlshaber. Schließlich der israelische Staatsterror im besetzten Palästina – im Zuge der Gleichbehandlung wären noch viele Zentralkarteien denkbar.

Doch nebst all diesen Anregungen sehen wir das grundsätzliche Problem in dem Bestreben, mit Mitteln wie eines „gemeinsamen Lagezentrum von Geheimdiensten und Polizei“ die grundgesetzlich garantierte Trennung beider Institutionen aufzuheben. Ungeachtet unserer grundsätzlichen Überlegung, dass die Trennung am sichersten funktionieren würde, wenn die Geheimdienste generell aufgelöst und ihre Bestände zu Publikations- und Forschungszwecken der Frau Birthler-Gauck überantwortet würden, handelt sich beim Trennungsgrundsatz zwischen Polizei und Geheimdiensten, wie vielleicht noch erinnerlich, um eine Lehre aus dem deutschen Faschismus. Falls jedoch beabsichtigt sein sollte, diese Lehre zu entsorgen – analog der 1999 zwecks Heiligung der Aggression gegen Jugoslawien kreierte Neuen Auschwitzlüge (Auschwitz verpflichtete Deutschland, wieder Krieg zu führen) – plädieren wir für Klartext: Man sollte das Lagezentrum kurz und bündig Gestapo nennen. Der Name ist gut eingeführt, und man weiß gleich, woran man ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Klaus Hartmann
Vorsitzender